

VIETNAM

Evangelikaler Pastor seit beinahe einem Jahrzehnt hinter Gittern

Zum „Gefangenen des Monats Januar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelikalen Pastor Y Yich aus Vietnam benannt. Sie rufen dazu auf, für den 57-jährigen Inhaftierten einzutreten.

Der Pastor gehört zu einer der indigenen Volksgruppen aus dem zentralen Hochland Vietnams. Vor seiner Festnahme engagierte er sich seit vielen Jahren für Religionsfreiheit sowie die Rechte der Indigenen. Am 13. Mai 2013 wurde er unter dem Vorwurf festgenommen, die „nationale Politik der Solidarität“ untergraben zu haben. Ein halbes Jahr später verurteilte ihn ein Gericht zu einer zwölfjährigen Haft- und anschließend fünfjährigen Bewährungsstrafe. Dabei wurde ihm sein Einsatz für Religionsfreiheit, seine Forderung nach Schutz des Landes der Indigenen sowie Internetkontakte zu angeblich reaktionären Kräften vorgehalten. Zudem machte das Gericht ihm zum Vorwurf, sich mit ehemaligen politischen

Musterbrief

Staatspräsident Nguyễn Xuân Phúc
Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
Elsenstraße 3
12435 Berlin-Treptow

Fax: 030/53630200

Exzellenz,

der vietnamesische Christ Y Yich, evangelischer Pastor, ist seit beinahe einem Jahrzehnt inhaftiert. Am 14. November 2013 verurteilte ihn ein Gericht zu einer zwölfjährigen Haft- und anschließend fünfjährigen Bewährungsstrafe, weil er für Bürgerrechte, unter anderem für das Recht auf Religionsfreiheit, eingetreten war. Ich bin sehr besorgt über seinen Gesundheitszustand, da verschiedene Quellen darüber berichten, dass der Gefangene gefoltert wurde und keine medizinische Versorgung gegen ernste Beeinträchtigungen seiner Gesundheit erhielt. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um ärztliche Untersuchungen, notwendige Behandlungen sowie sofortige Entlassung Yichs aus der Haft zu veranlassen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

Gefangenen getroffen zu haben. Berichten zufolge wurde er gefoltert und ihm wurde medizinische Hilfe verweigert, obwohl er unter anderem unter Bluthochdruck und Nierensteinen leidet. Erstmals saß er be-



FOTO: PRIVAT

Y Yich

reits zwischen 2006 und 2011 aus Gewissensgründen hinter Gittern.

Das kommunistische Regime Vietnams verfolgt die Montagnard-Bergvölker schon seit langem. Ihnen wird ein religiös motivierter Separatismus unterstellt und damit die Verletzungen der Religionsfreiheit gerechtfertigt. Offiziell garantiert die Verfassung des kommunistisch beherrschten Landes Glaubens- und Religionsfreiheit. Doch der christliche Glaube wird häufig als westliche Religion angesehen

und abgelehnt.

Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den vietnamesischen Präsidenten Nguyen Xuân Phúc die Freilassung des Pastors zu fordern.

IRAK

IS-Verbrechen als Völkermord verurteilen

Der Jeside Gohdar Alkaidy hat mit seiner Petition Erfolg gehabt, die Verbrechen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im August 2014 an seiner Gemeinschaft als Völkermord zu brandmarken. In Deutschland lebt die größte jesidische Diasporagemeinde weltweit. Die Fraktionen der Regierungskoalition haben einen entsprechenden Antrag dazu gebilligt. Die Befassung des Parlaments mit den grausamen Verbrechen steht nun im Januar 2023 an. Es bedarf noch der Zustimmung der Unionsfraktion, um den längst überfälli-

gen Schritt zu vollziehen, hieß es aus dem Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Anlässlich des Jahrestags am 3. August 2022, an dem der Überfall auf die Shingal-Region (Hauptsiedlungsgebiet der Jesiden im Nordirak) gedacht wurde, gab der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Brand, bekannt:

„Es ist höchste Zeit, die grausamen Verbrechen des IS an der religiösen Minderheit der Jesiden auch offiziell als das an-

zuerkennen, was sie sind: Völkermord. Es bleibt wichtig, diese Verbrechen im Detail aufzuklären und die Strafverfolgung gezielt fortzusetzen. Die Opfer müssen umfangreich unterstützt werden, damit sie in ein möglichst normales Leben zurückfinden können. Ihnen muss Gerechtigkeit widerfahren.“ Die IGFM, die seit 2014 den Überlebenden vor Ort hilft, hat bereits bald nach dem Beginn der Grausamkeiten gefordert, diese entsprechend zu brandmarken und die Täter schnellstmöglich vor Gericht zu stellen.

Gläubige Menschen unter Generalverdacht

Unter dem Regime des Diktators Alexander Lukaschenko wird in Belarus zunehmend das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit verletzt – insbesondere zu Lasten von politischen Gefangenen. Ihnen wird größtenteils der Besuch von Seelsorgern verweigert; die Gefängnisleitung enthält ihnen Bibeln und andere religiöse Literatur vor, die an sie gesandt wurden.

Seit Sommer 2022 werden zunehmend Pfarrer und andere Gläubige festgenommen. Der Staat konfisziert zudem Kirchen und andere Gebetsstätten. Das berichtet die belarussische Bürgerrechtsbewegung „Nash Dom“.

Vertreter verschiedener christlicher Konfessionen sind selbst dann, wenn sie sich zu Kompromissen bereit zeigen, zahlreichen scharfen Repressalien ausgesetzt. Regierungsunabhängige Einrichtungen gelten von vornherein als verdächtig, ja gar feindlich. Von dieser Politik des Argwohns sind insbesondere kleinere religiöse Gruppen betroffen. Das Eintreten vieler Christen für Werte wie Frieden und Freiheit ist zum Verfolgungsgrund geworden.

Bezeichnend war bereits der Umgang mit dem katholischen Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz Ende 2020. Nach einer Auslandsreise verweigerten die Behörden ihm zunächst die Rückkehr nach Belarus: Er hatte zuvor die Gewaltanwendung infolge der Proteste nach der manipulierten



Olga Karatch, 2022 Preisträgerin des Menschenrechtspreises der Stadt Weimar, besuchte auf ihrer Deutschlandreise im Dezember 2022 die IGFM und berichtete dabei über Verletzungen der Religionsfreiheit in Belarus. Sie ist Direktorin von „Nash Dom“.

ten Präsidentschaftswahl Anfang August 2020 verurteilt, die Freilassung der politischen Häftlinge sowie einen aufrichtigen Dialog zwischen Staat und Gesellschaft gefordert. Als er schließlich wieder nach Belarus einreisen durfte, reichte er seinen Rücktritt ein. Inzwischen soll der Geheimdienst sogar eine Liste von rund 100 missliebigen Pfarrern verschiedener Bekenntnisse führen.

Selbst das vormalige Oberhaupt der belarussisch-orthodoxen Kirche, der Metropolitan von Minsk, Pawel Ponomarjow, geriet unter Druck, nachdem er Opfer der massiven Polizeigewalt aufgesucht hatte; er trat schließlich überraschend im August 2020 zurück und kehrte heim nach Russland.

Am 31. August 2022 wurde der orthodoxe Priester Uladzislau Bahamolnikau der Minsker Epiphantias-Gemeinde nach einer Durchsuchung seiner Wohnung unter Gewaltanwendung festgenommen. Weil er sich mit politisch Verfolgten solidarisch erklärt hatte, wurde er als Professor für Philosophie an der Theologischen Akademie Minsk entlassen. Seine Verwaltungshaft, die jeweils 15 Tage andauert, wurde mehrfach verlängert. Laut „Nash Dom“ informierte ein Regierungskanal darüber, dass er wegen „Bildung einer extremistischer Vereinigung“ angeklagt wird, was eine langjährige Haftstrafe bedeuten würde. Sein Gesundheitszustand gilt seit Herbst als äußerst kritisch.

„Nash Dom“ bezeichnet es als beunruhigend, dass Gläubige in der Haft sowie in Polizeigewahrsam und bei Verhören teilweise lebensgefährlich gefoltert und erniedrigend behandelt würden. „Religiöse Häftlinge oder die, die für gläubig angesehen werden, werden grausamer behandelt als andere Gefangene“, so heißt es in einem Bericht von „Nash Dom“, der der IGFM vorliegt.

HONGKONG

Geldstrafe für Kardinal Zen

Kurz nach Redaktionsschluss der Dezember-Ausgabe dieses Newsletters hat die IGFM die Nachricht von der Verurteilung des früheren katholischen Bischofs von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kiun, zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet rund 500 Euro erreicht. Der Gerichtsbeschluss vom 25. November 2022, der insgesamt fünf Angeklagte betraf, fiel zwar mild aus, erfolgte aber zu Unrecht. Ihnen wurde vorgeworfen, den „612 Humanitarian Relief Fund“ zur Unterstützung von inhaftierten Demonstranten angeblich nicht vorschriftsgemäß gegründet zu haben. Fast alle führenden Exponenten der Demokratiebewegung, die 2019

die Proteste angeführt hatten, befinden sich im Gefängnis oder im Ausland. Zusammen mit drei weiteren Kuratoriumsmitgliedern wurde Zen, der 90 Jahre alt ist, am 11. Mai abends festgenommen und nach einigen Stunden gegen Kaution freigelassen.

Der Vorwurf der „Verschwörung mit fremden Mächten“, der als Vorwand der Festnahme diente, wurde bald nach der Freilassung fallengelassen. Dieser stützte sich auf das Nationale Sicherheitsgesetz, das die kommunistische Führung in Peking 2020 als Reaktion auf die massiven Proteste im Jahr zuvor der Sonderverwaltungszone aufzwang. Zivilgesellschaftli-

ches Engagement, insbesondere der Einsatz für Menschenrechte, geriet so unter Verdacht der „Staatsgefährdung“. Im engen Sinn betrifft die Verurteilung demnach nicht die Religionsfreiheit. Vielmehr geriet Zen als Demokratie-Unterstützer ins Fadenkreuz der Justiz der Sonderverwaltungszone. Das Verfahren gegen den beliebten geistlichen Würdenträger wird von Beobachtern als Warnung an die Demokratie-Befürworter gewertet. Wer sich aber an Werten ausrichtet, für die der mutige Kardinal eintritt, wird künftig zunehmend häufiger Anlass zur Kritik am Einfluss des kommunistischen Festlandchina in Hongkong sehen.